

Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerkschaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

– Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung –

**Gespräch mit Minister Eichel: Regierung sperrt sich,
bei Besoldung nachzubessern**

→ S. 147

Saar: Beamte motivieren, Frust bekämpfen

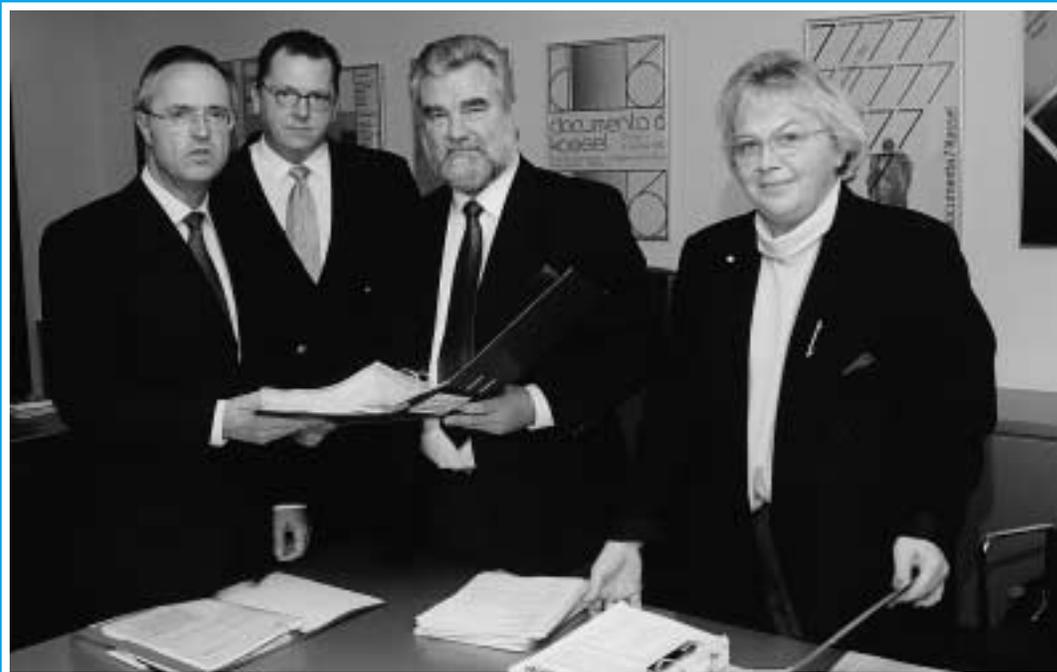
→ S. 149

**Sachsen: Wandel der Verwaltung
mit sozialem Augenmaß**

→ S. 153

Frankfurt ist Zentrum der Bankenverfahren

→ S. 154



12/2000

147 Gespräch mit Minister Eichel: Regierung sperrt sich, bei Besoldung nachzubessern

Die Bundesregierung will bei ihrer restriktiven Linie bleiben, obwohl auch fünf SPD-Minister Nachbesserungen für die Beamtenbesoldung verlangen. Dies erklärte Bundesfinanzminister Hans Eichel in einem Gespräch mit DSTG-Chef Dieter Ondracek. Aufgeschlossen zeigte sich Eichel für Forderungen nach Erhöhung der Wegstreckenentschädigung. Bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung sind sich die DSTG und Eichel einig.

149 Saar: Beamte motivieren, Frust bekämpfen

Der langjährige Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Saar, Artur Folz, gab den Stab an Matthias Bittner ab. Nach seiner Wahl hielt Bittner ein flammendes Plädoyer, die Beamten zu motivieren, anstatt sie in Wut und Frust zu treiben. Eine faktische Null-Runde im Jahr 2000 schüre Erbitterung.

153 Sachsen: Wandel der Verwaltung mit sozialem Augenmaß

Auf dem Verbandstag des DSTG-Landesverbandes Sachsen wurde Joachim Rothe mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. In einer EntschlieÙung wird verlangt, den Wandel und den Fortschritt der Steuerverwaltung im Freistaat Sachsen mit sozialem Augenmaß zu betreiben.

154 Frankfurt ist Zentrum der Bankenverfahren

Bei fast allen Bankenverfahren sind die Kolleginnen und Kollegen des Finanzamtes Frankfurt/Main V beteiligt. Über die komplexen Aufgaben unterrichtete sich DSTG-Chef Dieter Ondracek.

Titelfoto

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek übergibt Bundesfinanzminister Hans Eichel zwei Ordner mit über 6 000 Unterschriften, mit denen Kolleginnen und Kollegen eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung fordern. An dem Gespräch nahmen die stellvertretende Bundesvorsitzende Anne Schauer und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender teil.

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, <http://www.dstg.de>; E-Mail: dstg-bonn@t-online.de, Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Fotos: DSTG Archiv, Foto Kirsch GmbH. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 80 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es rumort in den Dienststellen. Das Jahr 2000 geht zu Ende und immer noch gibt es für das Jahr 2000 keine Besoldungserhöhung. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, so arbeiten würden, hätten wir längst den Aufstand der Steuerbürger.

Bundesfinanzminister Eichel konnten wir zwar nachdenklich stimmen, nachbessern will die Bundesregierung den Gesetzentwurf aber nicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion könnte dies im laufenden Gesetzgebungsverfahren. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stiegler sagte uns aber, dass gar nichts mehr nachzubessern sei, weil er keine Benachteiligung der Beamten erkennen könne. Die vielen SPD-Abgeordneten, die Ihnen in den Gesprächen vor Ort ihren Einsatz zugesagt haben, müssen ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wohl noch Nachhilfe geben. Die DSTG hat dies getan und klar gestellt, dass man Finanzbeamte nicht für blöd halten darf.

Nachdem offenbar die Bundesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion die Nullrunde für Beamte im Jahr 2000 will, sind die Länder gefordert, über den Bundesrat die Ungerechtigkeit zu verhindern.

Nach den Aussagen aller Länderfinanzminister – ob CDU/CSU oder SPD – werden die Bundesländer über den Bundesrat nachbessern. CDU/CSU-Minister wollen die zeit- und inhaltsgeleiche Übernahme des Tarifergebnisses.

Die SPD-Minister sind noch nicht einig, aber auch sie wollen eine Zahlung für das Jahr 2000 an alle Beamten.

Die DSTG wird weiter um eine gerechte Besoldungsanpassung für das Jahr 2000 streiten. Mindestens im Volumen muss das Tarifergebnis sichtbar sein.

Trotz allen Ärgers darf ich Ihnen ruhige und friedliche Weihnachtstage und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr wünschen.

Dieter Ondracek



Regierung sperrt sich, bei Besoldung nachzubessern

Etwas Besonderes hatte DSTG-Chef Dieter Ondracek im Gepäck, als er am 31. Oktober 2000 mit Bundesfinanzminister Eichel zum Meinungsaustausch über aktuelle Probleme der Finanzverwaltung zusammentraf. Ondracek überreichte nämlich Bundesfinanzminister Hans Eichel zwei Ordner mit mehr als 6 000 Unterschriften, die Kolleginnen und Kollegen aus den Außendiensten unter den Protestaufruf zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung gesetzt hatten. Ondracek wies nochmals auf die dringende Notwendigkeit einer alsbaldigen Anhebung der Wegstreckenentschädigung hin. Eichel sagte zu, diesen Komplex nach Umsetzung der einheitlichen Entfernungspauschale anzugehen, bei der zurzeit noch Meinungsverschiedenheiten mit Ländern und Gemeinden über die Finanzierung bestehen.

DSTG begrüßt einheitliche Entfernungspauschale

Die einheitliche Entfernungspauschale von 0,80 DM pro Entfernungskilometer, unabhängig vom Verkehrsmittel, wurde von der DSTG begrüßt, da sie ein Beitrag zur Steuerehrlichkeit sei.

Weiteres Thema war naturgemäß die Besoldung. Bundesfinanzminister Eichel versuchte, die Besoldungsabkoppelung mit dem Gesamtkonzept der Bundesregierung (Begrenzung des Anstiegs der Renten auf den Inflationsausgleich) zu rechtfertigen.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Hessen, Anne Schauer,



v.l.n.r.: Bundesgeschäftsführer Rafael Zender, Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, stellv. Bundesvorsitzende Anne Schauer und Steuerabteilungsleiter Gerhard Juchum

wies darauf hin, dass die Beschränkung der Einmalzahlungen auf die Besoldungsgruppen bis A 9 einschließlich bei weitem zu niedrig angesetzt sei und bekräftigte nochmals die Minimalforderung nach einer Einmalzahlung für alle Beamten.

Bundesfinanzminister Eichel erklärte – konfrontiert

mit der Zusage von fünf SPD-Ministern –, bei der Besoldung „nachbessern“ zu wollen, dass die Bundesregierung in jedem Fall bei

Eichel folgt anderen SPD-Ministern nicht

ihrer Linie bleibe und über den bisherigen Vorschlag nicht hinausgehen werde.

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Ausgabe 1–2/2001 wird unser Gewerkschaftsorgan „Die Steuer-Gewerkschaft“ in neuer Form, nämlich zusammen mit dem DBB-Magazin (Bund) erscheinen. Die „Steuer-Warte“ wird sich – wie bisher – als Einleger im Innenteil befinden, wie ggf. auch die DSTG-Landesorgane.

Die neue Form ist notwendig geworden, weil sie uns zum einen technisch bessere Möglichkeiten für das Layout bietet, zum anderen aber auch eine deutliche Kosteneinsparung ermöglicht. Wir denken, dass es uns gelingen wird, unser Gewerkschaftsorgan in neuem Gewand noch attraktiver zu gestalten.

Auch am Namen wird sich etwas ändern. Um bei den Versandkosten Einsparungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen zu können, wird „Die Steuer-Gewerkschaft“ in Zukunft den Namen „DSTG-Magazin“ tragen.

Frohe
Weihnachten
und ein
glückliches
neues Jahr



wünscht allen Kolleginnen
und Kollegen
die DSTG-Bundesleitung

Die nächste Ausgabe
erscheint als Doppelnummer
Anfang Februar 2001

DSTG-Chef Dieter Ondracek erklärte, dass die DSTG dies auf keinen Fall akzeptieren und Protestmaßnahmen ergreifen werde.

Einigkeit bestand, dass eine Zentralstelle bei dem Bundesamt für Finanzen zur Umsatzsteuerbekämpfung schnell geschaffen und umgehend ihre Arbeit aufnehmen solle. Dies sei wegen des großen Volumens der Hinterziehungen dringend geboten. Steuerabteilungsleiter Juchum erläuterte, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Maßnahmenkatalog ausgearbeitet habe, der allerdings sehr personalintensiv sei. Dieser Maßnahmenkatalog werde der Länderfinanzministerkonferenz im November 2000 zur Behandlung zugeleitet. Es sei leider zu befürchten, dass nicht alle Länder die personalintensiven Maßnahmen mittragen werden.

Eine Datenbank werde Ende des Jahres im Bundesamt für Finanzen eingerichtet sein und zur Verfügung stehen nebst dem zugehörigen Personal. Aufgabe der Länder sei es dann, diese Datenbank „zu füttern“.

Bundessteuerfahndung muss eingerichtet werden

Besprochen wurde auch die Notwendigkeit, eine Bundessteuerfahndung einzurichten, die u. a. auch den Umsatzsteuerbetrug über die Ländergrenzen hinweg in der Bundesrepublik Deutschland zentral bekämpfen soll. Als Vorbild für

die Einrichtung der Bundessteuerfahndung könne die Bundesbetriebsprüfung dienen.

Hinsichtlich der Harmonisierung der Zinsbesteuerung äußerte Eichel die Ansicht, dass am Schluss das Institut des „Informationsaustausches“ über die an Ausländer ausgezahlten Zinserträge stehen werde. Er räumte ein, dass die Übergangszeit mit sieben Jahren sehr lang bemessen sei, aber die einzige Möglichkeit darstelle, um überhaupt einen Konsens zu erreichen. Auch könne noch auf jeder der geplanten Stufen etwas „schiefe gehen“, so dass die Harmonisierung der Zinsbesteuerung scheitern könnte. Zum weiteren „Fahrplan“ äußerte Eichel, dass noch in diesem Jahr eine Verständigung über die Höhe der einzubehaltenen Steuern als Zwischenstufe erzielt werden solle. Ausdrücklich sprach sich Eichel dafür aus, dass weltweit klare Regeln nicht nur geschaffen, sondern auch exekutiert werden müssten. Zurzeit seien hiermit verschiedene Organisationen befasst, so z.B. die OECD, was erfreulicherweise zur Verunsicherung in den Finanzöasen geführt habe. Als Druckmittel, um Einfluss auf Staaten auszuüben, die diese Regeln nicht akzeptieren würden, sah Eichel ggf. die Stormierung der Entwicklungshilfe.

Einigkeit bestand in diesem Zusammenhang zwischen DSTG-Chef Dieter Ondracek und Bundesfinanzminister Hans Eichel darin, dass das Bankgeheimnis nur für eigene Bürger des Landes Geltung entfalten könne.

Angesprochen wurden auch die zeitlichen Verzögerungen beim Projekt „FISCUS“. Eichel berichtete insbesondere über die Einrichtung der GmbH, um das Projekt „FISCUS“ voranzutreiben.

Die Einführung eines gesonderten Erklärungsdruckes für die Erfassung privater Spekulationsgewinne (bei den Steuerformularen für das Jahr 2000 ist die alte

Anlage KFO entfallen, statt dessen gibt es zwei neue Anlagen, nämlich die Anlage KAP und die Anlage FO)

Auf Spekulationsgewinne stärker achten

begrüßte Ondracek als Schritt in die richtige Richtung, da zumindest der Eindruck erweckt werde, als ob hinsichtlich der Erfassung der privaten Spekulationsgewinne etwas geschehe.

Zum Steuersenkungsergänzungsgesetz führte Eichel aus, dass dieses nur die Umsetzung dessen sei, was als Kompromiss am 14. Juli 2000 hinsichtlich des Steuersenkungsgesetzes beschlossen worden sei. Über die nähere Ausführung habe es geringe Unstimmigkeiten gegeben, Sonderwünsche würden jedoch jetzt nicht mehr berücksichtigt. Wer jetzt versuche, auf dieses Gesetz zusätzliche Punkte aufzusatteln, verhindere das gesamte Gesetzgebungsverfahren.

Anschließend wurden auch die Gesetzgebungsvorhaben für das Jahr 2001 besprochen. Über die Grundsteuer/Einheitsbewertung äußerte Bundesfinanzminister Eichel, dass er nicht bereit sei, die „Kastanien für die Länder aus dem Feuer zu holen“. Die Länder müssten selbst Mehrheiten suchen und den Gesetzentwurf auch selbst in den Bundestag einbringen. Die Bundesregierung werde dies nicht tun. In diesem Zusammenhang wies DSTG-Chef Dieter Ondracek darauf hin, dass die Befristung nur bis Ende 2001 gelte, also ab 2002 eine gesetzliche Neuregelung vorliegen müsse.

Diskutiert wurde auch der gesetzlich neu eingeführte Datenzugriff der Betriebsprüfer auf die EDV der Betriebe. Ondracek wies auf die der einschlägigen Literatur zu entnehmenden Bestrebungen der Wirtschaft hin, dieses Zugriffsrecht der Prüfer durch „Gegenmaßnahmen“ zu unterlaufen. Ei-

chel wies darauf hin, dass das Bundesfinanzministerium zur Erläuterung der gesetzlichen Vorschriften ein BMF-Schreiben erstelle, an dessen inhaltlicher Ausgestaltung auch die DSTG beteiligt werde.

Die zweite Stufe des Familienleistungsausgleichs werde in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesfamilienministerium erarbeitet und voraussichtlich im Frühjahr des Jahres 2001 im Grobkonzept fertiggestellt sein.

Bei der Rentenbesteuerung sei ein Übergang zu der nachgelagerten Besteuerung geplant. DSTG-Chef Ondracek wies darauf hin, dass die stufenweise Einführung für die Finanzämter sehr viel Arbeit verursache, ebenso wie die im steuerlichen Bereich angesiedelten Maßnahmen zur Förderung der privaten Altersvorsorge. Der geplante § 10a EStG dürfe so nicht kommen, da damit ein erheblicher Personalaufwand verbunden sei. Die Finanzämter können ohne Personalverstärkung keinerlei Mehrarbeit mehr verkraften. Steuerabteilungsleiter Juchum kündigte eine Überarbeitung an.

Ob man die Weiterentwicklung der Unternehmensteuerreform vor oder nach der Bundestagswahl fortsetze, sei noch nicht entschieden. Jedenfalls sei aber das Thema „Steuersenkung“ für die nächsten zwei Jahre „vom Tisch“, so Bundesfinanzminister Eichel.

Schließlich wies Ondracek auf die Notwendigkeit der Möglichkeit einer Direktversicherung auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes hin. Hierzu äußerte Bundesfinanzminister Eichel, dass die Schaffung einer solchen Möglichkeit zurzeit nicht beabsichtigt sei, man eine solche Möglichkeit insbesondere nicht auf die Zusatzversorgung der VBL auf-satteln wolle.

Der viel kritisierte Telefonkostenerlass, insbesondere

die Anordnung hinsichtlich der Nachweispflicht bei Internetkosten (Internetfahrtenbuch), sei ein Fehlschlag gewesen, so dass dieses BMF-Schreiben zurückgenommen worden sei. Es gelte folglich wieder die alte Rechtslage. Mit der Anhebung des Freibetrages von 50,00 DM auf 50 Euro im Rahmen des Euro-Glättungsgesetzes werde sich das Problem praktisch nicht mehr stellen, da diese Grenze kaum erreicht werde.

Thema war schließlich auch die mögliche Verlegung der Bundesfinanzakademie von Brühl nach Münster an die Finanzfachhochschule des Bundes, in der die Zöllnerinnen und Zöllner für den gehobenen Dienst ausgebildet werden. DSTG-Chef Dieter Ondracek sprach sich – wie auch schon in mehreren Eingaben – dafür aus, die Bundesfinanzakademie entweder in Brühl zu belassen, um ihre Identität zu bewahren, oder – wenn ein Umzug notwendig sei – in der Nähe von Berlin anzusiedeln, um eine bessere Anbindung an das BMF mit dem steuerrechtlichen Sachverstand sicherzustellen.

Eine Entscheidung werde frühestens in zwei Jahren fallen, also zunächst alles wie gehabt bleiben, sagte Eichel.

Länderfinanzausgleich 2001 regeln

Für die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs soll bis Sommer 2001 ein Konzept vorliegen. Ziel müsse zum einen die Vereinfachung sein, zum anderen aber auch das Schaffen eines Anreizes für die Länder, Einnahmen hereinzubekommen. Bundesfinanzminister Eichel zeigte sich zuversichtlich, beide Probleme zu lösen.

Zum Abschluss des Gesprächs vereinbarten DSTG-Chef Dieter Ondracek und Bundesfinanzminister Hans Eichel eine kontinuierliche Fortsetzung des Dialogs.

Beamte motivieren – Frust bekämpfen

Ein Stabswechsel wurde am 9. November 2000 auf dem 3. Steuer-Gewerkschaftstag des Landesverbandes Saar vollzogen. Der langjährige Landesvorsitzende Artur Folz gab die Stafette weiter an Matthias Bittner. Die Wahl wurde zu einem überwältigenden Vertrauensbeweis für den neuen Vorsitzenden: von 174 gültigen Stimmen konnte Matthias Bittner 154 Stimmen auf sich vereinigen.

Mit einer ähnlich beachtlichen Stimmenzahl wurden die übrigen Mitglieder des Vorstandes gewählt:

- Cosima v. Wittemburg (höherer Dienst)
- Frank Roppenecker (gehobener Dienst)
- Ruth Martin (mittlerer Dienst)
- Anette Palm (Tarifbereich)
- Oliver Schirra (Mitgliederbetreuung)
- Hermann Gonder (Schatzmeister)
- Sabine Leismann (Frauenvertreterin)
- Wolfgang Augustin (Schriftführer)
- Michaela Thiel (Vorsitzende DSTG-Jugend)

Artur Folz war seit 1981 Landesvorsitzender. Er hat die Politik der DSTG an der Saar in einer entscheidenden Phase geprägt. Artur Folz

Professioneller Einstieg von Bittner

war in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender seit 1981 auch Mitglied des Bundesvorstandes. In diesem Führungsgremium hat er der Bundespolitik aus der Sicht seines Regionalver-



Von links: Matthias Bittner, Artur Folz (neuer Ehrenvorsitzender), Lutwin Fecht (Ehrenvorsitzender)

bandes wichtige Impulse gegeben. „Die Mitglieder wollen weder Technokraten nach abgehobene Visionäre – sie wollen Kolleginnen und Kollegen, Menschen wie Du und ich, Menschen von denen sie aber gleichwohl gewerkschaftlichen Spürsinn und Biss, Standvermögen und Professionalität fordern. Dies ist die Elle, an der der Gewerkschafter gemessen wird. Artur Folz, der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Saar, ist für diese Messlatte nicht zu kurz geraten“, heißt es in einem Portrait, das in dieser Zeitung von Artur Folz gezeichnet worden ist. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Professionell gelungen war der Einstieg von Matthias Bittner in seine neue Führungsfunktion: in seiner Antrittsrede vor dem Landesverbandstag, die mehrfach von den Kolleginnen und Kollegen mit großem Beifall begleitet wurde, streifte er das gesamte Spektrum der aktuellen Gewerkschaftsarbeit: von der Besoldung über die Organisationspolitik bis hin zur Steuerpolitik.

Scharf ins Visier nahm Bittner Bundesinnenminister

Schily, der den Beamten für das Jahr 2000 eine Nullrunde verordnet hat. Nur für die Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 9 soll es eine Einmalzahlung von 400 DM geben – „noch nicht einmal der versprochene Inflationsausgleich“, so Bittner.

Statt Enttäuschung und Demotivation bei den Beamten zu bekämpfen, schüre die Bundesregierung Wut und Frust und lege die Axt an die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten. „Damit muss endlich Schluss sein!“

Tempo der Neuordnung drosseln

An den Finanzminister des Saarlandes, Peter Jacoby, richtete sich die Kritik und der Appell, das Tempo der Neuorganisation zu drosseln. Es sei nicht hilfreich, wenn Ängste die Kolleginnen und Kollegen umtrieben, die sich mit dem Begriff „Zentralisierung der Finanzkassen, Zentralisierung der Umsatzsteuerprüfung, Zentralisierung der Kfz-Steuer, Zentralisierung der Grunderwerbsteuer, Zentralisierung der Körperschaftsteuer

oder gar Zentralisierung der Finanzämter in Sulzbach oder St. Ingbert“ verbinden. „Wir brauchen endlich eine Phase der Konsolidierung. Herr Minister, wir fordern Sie auf, stoppen Sie all' diese Pläne für das Jahr 2000 und 2001!“.

Matthias Bittner präzierte seine programmatischen

10-Punkte-Katalog präsentiert

Ziele am Schluss seiner Rede. Er legte einen 10-Punkte-Katalog vor. Er forderte u. a. die Abkehr von der 40-Stunden-Woche, die die Jugendarbeitslosigkeit und die Zwei-Klassen-Gesellschaft fördere, die längst überfällige Erhöhung der Kilometerentschädigung, die Verkürzung der unerträglich langen Beförderungswartezeiten durch Abbau des bestehenden Beförderungsstaus, die Aufstockung der Außendienste, die Verbesserung der Dienstpostenbewertung, die kontinuierliche Einstellung von Nachwuchskräften usw. Den Schlusspunkt bildet die Forderung, die Führungskräfte der Finanzverwaltung zu trainieren: „Wir brauchen in der täglichen Arbeit neben den sicherlich wichtigen monetären Elementen auch Motivation, Lob und Anerkennung. Teamgeist und Menschenführung sind das Gebot der Stunde“.

Die Kluft zwischen den DSTG-Konzepten und der Politik der Landesregierung versuchte Finanzminister

Befristete Arbeitsverträge umgewandelt

Peter Jacoby zu überbrücken – allerdings mit möglichem Erfolg. Immerhin ein Lichtblick: das Kabinett hat beschlossen, befristeten Angestellten Arbeitsverträge in eine unbefristete Anstellung umzuwandeln. Im Übrigen zeigte er Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft und griff damit das Angebot

des Landesvorsitzenden auf: „die großen vor uns liegenden Aufgaben wollen und werden wir nur im Konsens mit den politisch Verantwortlichen meistern können. Wir brauchen dazu die Lobby beim Minister und im Parlament. Auf der Straße haben wir keine!“

DSTG-Chef Dieter Ondracek legte zu Beginn seiner Rede ein Phänomen offen, das in dieser Größenordnung die Zuhörer verblüffte: Umfragen haben ergeben, dass die Zufriedenheit der Steuerzahler mit „ihrem Finanzamt“ (Kundenzufriedenheit) zwischen 44 % und 46 % pendelt, während die Mitarbeiterzufriedenheit zwischen 4,6 % und 4,8 % liegt. Eine Kluft, die aufzeige, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern ihren „Dienst am Bürger“ begriffen hätten, während die Politik gewaltige Defizite in der Personalwirtschaft und Personalführung zu verantworten habe.

Trotz des düsteren Hintergrundes: Einen beträchtlichen Unterhaltungswert hatte der Bericht von Dieter Ondracek über die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge, die selbst nach Einschätzung der Finanzminister 4 000 bis 5 000 Neueinstellungen notwendig machen würde. Satiren zeigen, wie es um die Steuerverwaltung steht.

Ondracek richtete eine dringende Mahnung an Bundesinnenminister Schily: „Wer den Beamten für das Jahr 2000 eine Nullrunde verordne, müsse mit ‚Zoff‘ rechnen“.

Ebenso skandalös sei die Weigerung des Bundes und der meisten Länder, trotz der Benzinpreisexplosion die Wegstreckenentschädigung nicht anzuheben und den Außendiensten zuzumuten, für Dienstfahrten „Geld drauf zu legen“. Dies werde Kolleginnen und Kollegen zugemutet, die jährlich bis zu zwei Millionen DM für den Staat in die Scheuer einbrächten.



Von links: Hermann Gonder (Schatzmeister), Frank Roppenecker (stellv. Vorsitzender, gehobener Dienst), Sabine Leismann (Frauenvertreterin), Anette Palm (stellv. Vorsitzende, Tarifbereich), Matthias Bittner (Vorsitzender), Ruth Martin (stellv. Vorsitzende, mittlerer Dienst), Michael Theil (Vorsitzende Jugend), Oliver Schirra (Referent Mitgliederbetreuung)

In ihren Grußworten bekundeten ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der DSTG die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, Monika Bachmann, sowie MdL Karin Lawall (SPD). Die Grüße des DBB-Landesbundes überbrachte sein Vorsitzender Bernd Rupp, und nicht zuletzt die Grüße der Gemeinde Schwalbach Bürgermeister Eberhard Bläß.

In der Arbeitstagung hatten die Delegierten ein umfangreiches Programm zu absolvieren: über 100 Anträge wurden beraten. In drei programmatischen Entschlüssen wurden gewerkschaftliche Schwerpunkte gesetzt:

- zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung auf 0,64 DM je Entfernungskilometer,
- zur zeitgleichen und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten sowie
- zum Stopp einer ungezügelt organisierten Euphorie, die sich u. a. in der Zusammenlegung der Finanzämter und Zentralisierung von Organisationseinheiten widerspiegele.

50 Jahre DSTG Landesverband Saar

Der 3. Landesgewerkschaftstag war eingebettet in eine Geburtstagsfeier. Der Landesverband Saar konnte auf 50 Jahre gewerkschaftliche Arbeit zurückblicken. Der Ehrenvorsitzende der DSTG Saar, Lutwin Fecht – von 1966 bis 1981 Vorsitzender der DSTG Saar –, gab einen gestrafften Überblick über ein halbes Jahrhundert gewerkschaftlicher Arbeit für die Steuerverwaltung und ihre Beschäftigten an der Saar.

Gegründet am 2. November 1950 in Saarbrücken hat die DSTG in diesen 50 Jahren eine reiche Ernte für die Kolleginnen und Kollegen eingefahren. Lutwin Fecht berichtete über die besonders erfolgreichen 70er Jahre, aber auch über das harte Ringen um gewerkschaftliche Ziele und Interessen. Die Quelle des Erfolges: die tatkräftige pragmatische Zusammenarbeit in den Gremien, aber auch und insbesondere die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen, die in einem hohen Organisationsgrad besonders plastisch sichtbar werde.

Abschläge auf Besoldungserhöhung

Bei der Verabschiedung des Entwurfes eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Länder 2000 am 1. November 2000 durch das Bundeskabinett wurde festgelegt, dass die Zahlung von Abschlägen möglich sei. Durch einen Schnellbrief haben das Bundesministerium des Inneren und das Bundesministerium der Finanzen die Voraussetzungen geschaffen, dass mit dem Monat Januar 2001 Abschlagszahlungen in Höhe der mit dem Gesetzentwurf vorgesehenen Verbesserungen gezahlt werden können.

1. Allgemeine Bezügeerhöhungen; lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge (Grundgehaltssätze, kinderbezogene Anteile des Familienzuschlags mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge, Amtszulagen und allgemeine Stellenzulagen nach Vorbemerkung Nr. 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B und Vorbemerkung Nr. 2 b der Bundesbesoldungsordnung C) ab 1. Januar 2001 um 1,8 %.
2. Einmalzahlung für alle aktiven Beamten der Besoldungsgruppen A1 – A9 in Höhe von 400 DM für die Monate September bis Dezember 2000.
3. Erhöhungsbeträge für dritte und weitere berücksichtigungsfähige Kinder zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag.
4. Erhöhung des Bemessungssatzes in den neuen Ländern für Bezügeempfänger ab 1. August 2000 von 86,5 % auf 87 % und ab 1. Januar 2001 von 87 % auf 88,5 %.

Ondracek fordert Übernahme des Tarifergebnisses auf Besoldungsbereich

Um im Bundesrat Mehrheiten für die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Besoldungsanpassung zu mobilisieren, hat DSTG-Chef Dieter Ondracek die Finanzminister und -senatoren der Länder angeschrieben. Die Schreiben unterscheiden sich inhaltlich, je nach der bisherigen Haltung der angeschriebenen Landesregierung zur Übernahme des Tarifergebnisses auf die Besoldung, geringfügig.

Gleicher Wortlaut an alle Minister und Senatoren

Das nachfolgend an Finanzminister Gerhards (Sachsen-Anhalt) gerichtete Schreiben ist mit dem gleichen Wortlaut an die übrigen Finanzminister gesandt worden, die sich bisher nicht für eine volle Übernahme des Tarifergebnisses auf den Besoldungsbereich ausgesprochen haben.

„Die diesjährige Besoldungsrunde ist für die Steuerbeamten ein großes Ärgernis und in ihrem bisherigen Verlauf völlig unbefriedigend.

Die Steuerbeamten leisten gute Arbeit und fordern dafür eine leistungsgerechte Besoldung. Die Bundesregierung aber versucht, sie als „Almosenempfänger“ zu degradieren. Dies wollen und werden die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern nicht hinnehmen.

Der vorliegende Entwurf des Bundesinnenministers wird dem Anspruch

der Beamten und Versorgungsempfänger auf Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen nicht gerecht. Für das Jahr 2000 soll den Beamten und Versorgungsempfängern trotz bester wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – von einer Einmalzahlung für aktive Beamte bis zur Besoldungsgruppe A 9 abgesehen – eine „Null-Runde“ und damit reale Einkommensverluste zugemutet werden.

Eine solche „Null-Runde“, wie sie der Gesetzentwurf für das Jahr 2000 vorsieht, ist nicht nachvollziehbar. Für das Jahr 2000 wird das Wirtschaftswachstum zwischen 2,7 % und 3,0 % prognostiziert. Der vorläufige Preisindex für die Lebenshaltung dieses Jahres beläuft sich sogar schon auf 1,8 %, mit steigender Tendenz, und die diesjährigen Tarifabschlüsse liegen ebenfalls deutlich über 2,0 %. Es ist deshalb nicht hinzunehmen,

„Null-Runde“ ist unzumutbar

dass trotz dieser Rahmendaten Beamten und Versorgungsempfängern in diesem Jahr eine „Null-Runde“ und sogar reale Einkommensverluste zugemutet werden sollen. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen A7 14 des Bundesbesoldungsgesetzes, der eine Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung vorschreibt.

Es kann nicht angehen, aufgrund eines vermeintlichen Konsolidierungsbedarfs den Beamten und Versorgungsempfängern erneut ein Sonderopfer abzuverlangen. Schon als Folge des Versorgungsberichts 1996 sind die Beamten und Versorgungsempfänger zusätzlichen Belastungen von beträchtlichem Ausmaß und mit steigender Tendenz ausgesetzt. Durch die geplanten verzögerten Anpassungsmaßnahmen und unzureichenden Einmalzahlungen würden den Beamten und Versorgungsempfängern in dieser Einkommensrunde weitere 3,5 Milliarden DM vorenthalten und damit das Maß des Erträglichen überschritten werden.

Aus finanzpolitischer Sicht ist eine Zurückhaltung bei der Bezügeanpassung für Beamte und Versorgungsempfänger

Personalausgaben nur mäßig gestiegen

nicht angezeigt. So haben die Personalausgaben in den vergangenen Jahren zu dem allgemeinen Ausgabenanstieg der öffentlichen Haushalte deutlich weniger beigetragen als die übrigen Ausgabenblöcke der öffentlichen Hand. Betrug der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften vor fast 20 Jahren über 31 %, konnte er bis heute auf 28 % zurückgeführt werden. So wurde der Personalkostenanteil bei den Gemeinden von 30,6 %

auf 27,3 %, bei den Ländern von 42,7 % auf 37,9 % und beim Bund von 14,1 % auf 10,9 % zurückgeführt.

Auch das ins Feld geführte Argument, es fehle für eine Besoldungserhöhung am Geld, ist nicht stichhaltig. Wir alle wissen – insbesondere aus den Pressemeldungen der letzten Tage –, dass die Steuereinnahmen weit über Plan liegen – auch dank der engagierten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung.

Proteste sind nicht mehr zu vermeiden

Der Ärger der Beamten in den Finanzämtern über die Verzögerungstaktik der Bundesregierung ist groß. Protestaktionen sind nicht mehr zu vermeiden, wenn nicht bald positive Zeichen gesetzt werden. Bei der hohen Arbeitsbelastung sind motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber unabdingbar.

Ich darf Sie bitten, sich engagiert und tatkräftig für die Belange Ihrer Finanzer einzusetzen und die Übernahme des Tarifergebnisses, wenigstens vom Volumen her, auf die Beamtenbesoldung zu unterstützen.

Eine Einmalzahlung für das Jahr 2000 für alle Beamten wäre ein gangbarer Weg. Sie muss aber höher liegen als die von der Bundesregierung angebotenen 400 DM.

„Wandel der Verwaltung mit sozialem Augenmaß“

Am 3./4. November 2000 fand der III. Verbandstag des DSTG-Landesverbandes Sachsen in Chemnitz statt.

Die beiden Tage waren ein wichtiger Meilenstein für das Engagement im Interesse der Kolleginnen und Kollegen: zum einen wurden in der Arbeitstagung die Weichen für die Ziele der DSTG Sachsen in den nächsten vier Jahren gestellt, zum anderen wurde Bilanz gezogen über die zurückliegenden zehn Jahre erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der Landesvorsitzende Joachim Rothe in seinem Amt bestätigt.

Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt:

Helga Pfeiffer
Nannette Seidler
Peter Kutschera
Günter Steinbrecht

Als Beisitzer des Landesvorstandes amtieren die Kollegen

Ulla Arnold
Albrecht Schilde
Frieder Schmidt
Ursula Wenzl
Veronika Wildt

Zum Landesvorstand gehören weiterhin die wiedergewählte Vorsitzende der Landesfrauenvertretung Karin Witzgall und der Vorsitzende der DSTG Jugend, Cornelius Dietze.

In einer Entschließung verabschiedeten die Delegierten 15 Leitsätze ihrer zu künftigen Arbeit. In dieser Entschließung heißt es:

„Es kommt darauf an, den Wandel und den Fortschritt der Steuerverwaltung im Freistaat Sachsen

mit sozialem Augenmaß zu betreiben.

In der derzeit tief greifenden Umbruchphase, in der wir uns befinden, sind es unsere Beschäftigten, die diesen Entwicklungsprozess bewegen.

Die Mitglieder der DSTG Sachsen wollen diesen Prozess aktiv mitgestalten, sie wollen aber nicht Objekte oder gar Opfer einer für sie unberechenbaren Entwicklung werden. Steuern beeinflussen diesen modernen Wandel. Sie können ihn hemmen oder beschleunigen.

Die Steuerverwaltung und ihre Beschäftigten sind daher Mitgestalter dieses gesellschaftlichen Prozesses und stellen sich dieser Aufgabe.

- Sie wollen eine moderne Verwaltung, die als Dienstleister dem Bürger als Steuerzahler zur Seite steht;
- sie wollen den Wandel und den Fortschritt in der Steuerverwaltung im Zusammenwirken



Der neugewählte Vorstand des DSTG-Landesverbandes Sachsen



Im Vordergrund: Der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Joachim Rothe, im Gespräch mit dem DSTG-Ehrevorsitzenden Hermann Fredersdorf.

mit Politik und Verwaltung bewältigen;

- sie erwarten, dass ihre berechtigten Interessen bewertet und berücksichtigt werden;
- sie verlangen, dass dieser Wandel sich nicht in einer ungezügelter Euphorie, sondern mit sozialem Augenmaß und sozialer Kompetenz vollzieht.

Zur öffentlichen Veranstaltung, an der Vertreter der Fraktionen des Sächsischen Landtages sowie aus der Verwaltung teilnahmen, legte der wiedergewählte Vorsitzende in einer eindrucksvollen Rede die Entwicklung der Finanzverwaltung und der DSTG in den letzten zehn Jahren dar.

Allen denen, die sich an der Entwicklung der DSTG in Sachsen aktiv beteiligt haben, wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Ebenso auch denen, die dazu beigetragen haben, in den letzten zehn Jahren eine erfolgreiche Finanzverwaltung im Freistaat Sachsen aufzubauen.

In der Bilanz sprach Rothe auch Probleme an, die nicht durch die DSTG toleriert werden, wie z. B. die Evaluierung der weitergehenden Fortbildung am Arbeitsplatz, die Beförderungspraktiken, die vom Freistaat Sachsen vor sich hergeschobene Wegstreckenentschädigung und die derzeitige Besoldungssituation.

Bei der gegenwärtigen Arbeit des DSTG-Landesverbandes Sachsen steht im Mittelpunkt, dass eine ausreichende Motivation der Beschäftigten fehlt. Es sind eindeutig mehr Beförderungsmöglichkeiten, die schnellstmögliche Angleichung der Gehälter Ost an West und mehr Personal zu fordern.

Die DSTG erklärte sich bereit, anstehende Verwaltungsreformen mitzutragen, wenn sie mit unseren Kolleginnen und Kollegen und nicht gegen sie durchgeführt werden.

„Zum Tango tanzen gehören immer zwei – die DSTG Sachsen ist dazu bereit“, sagte Joachim Rothe in seiner Ansprache versöhnlich.

Frankfurt ist Zentrum der Bankenverfahren

Am 18. Oktober 2000 fand im Finanzamt Frankfurt/Main V zwischen dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek, und Beschäftigten des Finanzamtes ein Informationsgespräch über Bankenverfahren und andere Großverfahren, insbesondere AÜG-Verfahren statt.

In der „Bankenstadt“ Frankfurt am Main ist die Steuerfahndungsstelle faktisch an allen Bankenverfahren in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Neben der Bearbeitung der eigenen Großverfahren in dem Kapitalanlegerbereich hat die Steuerfahndungsstelle auch immer mit Durchsuchungen in den Frankfurter Niederlassungen auswärtiger Banken zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Das bindet in großem Umfang Beschäftigte

Diverse Bearbeitungsverfahren erforderlich

der Steuerfahndungsstelle. Um die Bearbeitung dieser Anlegerverfahren bewältigen zu können, war es deshalb unvermeidlich, verschiedene Bearbeitungsverfahren zu wählen. So wird in Frankfurt ein Großteil der Ermittlungsarbeiten dieser Anlegerverfahren von der Bußgeld- und Strafsachenstelle (BuStra) im schriftlichen Verfahren abgewickelt. Die Steuerfahnder sind durch die Bearbeitung im Anlegerverfahren (Gewinneinkünfte oder Verdacht auf „Schwarzehnahmen“) gefordert, die Besteuerungsgrundlagen zu ermitteln.

Die Bearbeitung der Selbstanzeigen (Vollständigkeit usw.) nimmt ebenfalls eine



Dieter Ondracek im Gespräch mit dem Vorsteher des Finanzamtes Frankfurt V, Jürgen Schneider-Ludorff.

nicht geringe Zeit in Anspruch.

Deshalb hat nicht nur die Steuerfahndungsstelle, sondern auch die Bußgeld- und Strafsachenstelle in diesen Anlegerverfahren erkannt, stets auf die Besonderheiten in diesen Verfahren reagieren zu müssen. So bleibt es nicht aus, hier ebenfalls Schwerpunkte in der Bearbeitung zu setzen. Die Bearbeitung dieser Anlegerverfahren bindet Arbeitskräfte auf Jahre. Sie fallen deshalb für die laufende Bearbeitung von Fahndungs- und BuStra-Fällen aus.

Sollten diese Anlegerverfahren arbeitstechnisch erledigt sein, zeichnen sich am Horizont bereits neue Aufgabefelder in Bezug auf „Steuerbetrug“ in Verbindung mit den Bankkunden ab. Aus den Veröffentlichungen ist zu entnehmen, dass kaum Spekulationsgewinne mit Wertpapieren erklärt werden. Die Börse hat in den letzten Jahren gerade in Bezug auf die Neuemissionen in den ersten Tagen nach der Börseneinführung Kursprünge verzeichnet. In wenigen Tagen nach der Zuteilung der Wertpapiere und

deren Verkauf wurden in dreistelliger Millionenhöhe Gewinne erzielt. Und daraus sind keine Spekulationsgewinne erzielt worden?

Neben den Anlegerverfahren wurde auch die zunehmende Bearbeitung in den Arbeitnehmerüberlassungsverfahren (AÜG) angesprochen.

Gerade in Ballungsgebieten ist diese Form der Steuerhinterziehung ein Thema.

Die so genannten Leihfirmen kommen vorwiegend aus Südosteuropa. Eine Zusammenarbeit zwischen der Steufa, BuStra, Staatsanwaltschaft, Polizei und den Sozialversicherungsbehörden ist in diesen AÜG-Verfahren unabdingbar. Die Bearbeitung dieser AÜG-Fälle zeigt, dass hier größere zweistellige Millionenbeträge bewegt werden. Bei diesen AÜG-Verfahren sind Scheinfirmen zu enttarnen, die Rechnungen ausstellen, um den Anschein einer „echten Geschäftsbeziehung“ vorzutäuschen.

Wenn die Bediensteten bereits in den Kapitalanlegerverfahren in der Steufa und BuStra in größerem Umfang gebunden sind, kann nur noch ein kleinerer Teil der Steuerfahnder und der BuStra-Sachbearbeiter/innen mit Hilfe von Bediensteten aus anderen Finanzämtern für die Erledigung der AÜG-Verfahren herangezogen werden. Differenzierungen und die Setzung von Schwerpunkten in der Erledigung der AÜG-Verfahren sind deshalb unabdingbar.

Neben diesen Verfahren sind faktisch nur Bearbeitungen von Fahndungsprüfungen und Verfolgung von Steuerstrafverfahren des täglichen Lebens in eingeschränkter Form möglich.



Beschäftigte des DSTG-Ortsverbandes Frankfurt/Main V aus der Steuerfahndungs- und Bußgeld- und Strafsachenstelle, v. r. n. l.: Eckhard Pisch, Frank Wehrheim, Horst Landau, Harald Schulz, Rainer Lemmig, die DSTG-Landesvorsitzende Hessen Anne Schauer, Heike Kraft, der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, der Vorsteher des Finanzamtes Frankfurt V, Jürgen Schneider-Ludorff, Thomas Gloe-Anheißer, Hartmut Hornschu, Gesa Gülden-supp, Harald Gebbers, Dr. Wolfgang Moehrs, Dr. Torsten Kimpel, Rudolf Gall und Jürgen Friedrich.

„Starke Finanzverwaltung – Beitrag zur Haushaltskonsolidierung“

Mit diesem Motto setzte der DSTG-Landesverband Brandenburg am 26. Oktober 2000 auf seinem 3. Vertretertag zukunftsweisende Maßstäbe.

Neben Anträgen zu Satzungsänderungen wurden zu allen Bereichen der DSTG-Arbeit auf Landesebene Beschlüsse gefasst. Vom Abbau des Personaldefizites über die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung bis zur Verbesserung der Dienstpostenbewertung reichte die Palette. Einen großen Raum nahm die Diskussion zum Erhalt der 18 brandenburgischen Finanzämter ein. Hier lautete das einstimmige Votum, alles zu tun, um im Interesse der Steuerpflichtigen und der Beschäftigten die vorhandenen Standorte zu sichern. Eine erst vor zehn Jahren neu geschaffene Verwaltung mit ihren herausgebildeten Strukturen erneut in Frage zu stellen, gefährde den einsetzenden Konsolidierungsprozess, so die klare Botschaft des Landesverbandstages.

Die in Potsdam versammelten Delegierten appellierten an die Politik, der Finanzverwaltung als einziger Einnahmeverwaltung endlich den nötigen Stellenwert beizumessen. Vor dem Hintergrund der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs komme es nunmehr auf eine Stärkung der Steuerverwaltung und insbesondere ihrer Außendienste an. Auf diese Herausforderungen habe sich die Politik einzustellen.

Aufgabe des DSTG-Landesverbandstages war es auch, eine neue Landesleitung zu wählen. Dabei wurden der DSTG-Landesvorsitzende Hans-Holger Büchler sowie seine Stellvertreter Klaus-Ulrich Kühne, Heinz-Egon Müller und Barbara Reinboth mit überwältigender



v.l.n.r.: Marco Urban (OV-Vors. FA Nauen), Renate Marx (LB Potsdam), Gabriele Herbst (LB Potsdam), H.-E. Müller (DBB-LB BB), Helmut Bauch (LB Ang Potsdam), Kl.-Ulrich Kühne, H.-H. Büchler

Mehrheit in ihrem Ämtern bestätigt.

Neu gewählt wurden Jens-Dieter Müller (FA Eberswalde) und Bärbel Rahn (FA Luckenwalde). Den nicht mehr der Landesleitung angehörenden Kollegen Manfred Lehre, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte, und Helmut Bauch dankte Büchler für ihr großes Engagement im Interesse des DSTG-Landesverbandes und seiner Mitglieder.

Zu Beisitzern wurden Arnim Bandur (Finanzamt Nauen), Ute Dominick (Finanzamt Frankfurt/Oder), Silke Eberhard (Finanzamt Finsterwalde), Gabriele Herbst (Landesbauamt Potsdam) und Erhard Lemmink (Bildungszentrum Königs Wusterhausen) gewählt.

Einstimmig wiedergewählt wurden die Rechnungsprüfer Renate Marx (Landesbauamt Potsdam) und Wilfried Siegert (Ministerium der Finanzen).

Höhepunkt des 3. Landesverbandstages war die öffentliche Kundgebung unter Teilnahme von zahlreichen Ehrengästen aus Politik und Verwaltung sowie Vertre-

tern weiterer DSTG-Landesverbände. Besonders herzlich begrüßt wurden der Ehrenvorsitzende der DSTG, Hermann Fredersdorf, sowie der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek.

Zu Beginn seiner Eröffnungsrede verlas der Landesvorsitzende H.-H. Büchler ein Grußschreiben von Finanzministerin Dagmar Ziegler, die bedauere, wegen der zeitgleich stattfindenden Finanzministerkonferenz ihre Zusage zur Teilnahme am Landesverbandstag nicht einlösen zu können. Sie erneuerte ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit der DSTG.

Nach Büchlers Rede, in der er kritisch die Situation in der brandenburgischen Finanzverwaltung in wenigen Schlagworten beschrieb, richteten für die Fraktionen des Landtages die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Kerstin Osten (PDS) und die haushaltspolitische Sprecherin Carola Hartfelder (CDU) Begrüßungsworte an die Delegierten und Gäste.

Nach einer durchaus kritischen Bestandsaufnahme unterbreitete die Abtei-

lungsleiterin Steuern im Ministerium der Finanzen, Angela Nottelmann, in ihrem Grußwort eigene Vorstellungen zur Steuerpolitik und ihrer Entsprechung durch die brandenburgische Finanzverwaltung.

Der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek nahm diese Ausführungen zum Anlass, um sich kritisch mit der Steuerpolitik auseinanderzusetzen. Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, werde immer wieder nur an Symptomen herum kuriert. Dieses Steuerchaos sei auch durch engagierte Arbeit in den Finanzämtern nicht zu heilen, weil die vorhandenen Steuerquellen nicht ausgeschöpft werden können. So lange es der Politik nicht gelinge, das Steuerrecht einfach und handhabbar zu gestalten, müsse sie sich die Forderung nach mehr Personal gefallen lassen, so Ondracek.

Kiel: Im Alleingang mehr Geld für Fahrten

Nach Angaben des schleswig-holsteinischen Finanzministeriums hat die Landesregierung beschlossen, sich in der Frage der Wegstreckenentschädigung vom nach wie vor untätigen Bund abzukoppeln und die Sätze für die Landesbediensteten angemessen zu erhöhen.

Auf Anfrage der DSTG Schleswig-Holstein wurde mitgeteilt, dass eine Neuregelung ab dem 1. Januar 2001 vorgesehen ist. Der konkrete Erhöhungssatz stehe aber noch nicht fest. Die DSTG-Landesvorsitzende Anke Schwitzer hat gegenüber Finanzminister Möller ihren Erwartungen auf einen vollen Ausgleich für die höheren Kosten Ausdruck verliehen.

DBB: Altersvorsorge im öffentlichen Dienst staatlich fördern

Der DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer hat den Gesetzentwurf zur Rentenreform und zur staatlichen Förderung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge scharf kritisiert.

In einem Schreiben an Bundesfinanzminister Hans Eichel erklärte Geyer, es sei „völlig unverständlich, wenn einseitig die Vorsorgekonzepte der privaten Versicherungswirtschaft gefördert werden sollen, während die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst von der staatlichen Förderung ausdrücklich ausgenommen werden soll.“ Ein solches Konzept sei weder notwen-

dig noch sachgerecht und werde von den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes als diskriminierend empfunden.

Das System der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst gewährleiste seit Jahrzehnten „genau die Ergänzungen zur gesetzlichen Rente, die im Zuge des jetzt vorliegenden Entwurfs eines Altersvermögensaufbaugesetzes erreicht werden sollen.“ Den etwa 4,8 Millionen betroffenen pflichtversicherten Beschäftigten ist es, so Geyer, „nicht zuzumuten, neben ihrem Eigenbeitrag zur Umlage zur Zusatzversorgung in weitere Versorgungsmodelle zu investieren, um in den Genuss der staatlichen Förderung zu kommen.“

Außerdem wäre der Bestand der Zusatzversorgungskassen ohne die Integration in die staatliche Förderung gefährdet. Privatisierungen

und Personalabbau im öffentlichen Dienst hätten die Einnahmehasis der Zusatzversorgungsträger bereits nachhaltig verschlechtert. Ihr Ausschluss von der vorgesehenen staatlichen Förderung würde den Ausstieg weiterer privatisierter Einrichtungen aus der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst nach sich ziehen. Die Folge wären steigende Umlagesätze für die verbliebenen Mitglieder und Haushaltsbelastungen für Bund, Länder und Gemeinden. „Es müsste daher im Interesse aller Beteiligten liegen, dies zu verhindern.“

Neuregelung zur aktiven Arbeitsmarktpolitik

Der Entwurf enthält weiterhin Neuregelungen zur

aktiven Arbeitsmarktpolitik. Er sieht vor, einige befristete arbeitsmarktpolitische Instrumente zu verlängern sowie die Strukturanpassungsmaßnahmen zu optimieren. Dazu soll u. a. eine befristete Sonderregelung zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern um zwei Jahre bis Ende 2002 verlängert werden. Danach kann ein Lohnkostenvorschuss bis zu 100 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts gewährt werden. Diese Regelung ist notwendig angesichts der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler ABM-Träger in den neuen Bundesländern.

Die Regelungen des Gesetzentwurfs, der nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, sollen grundsätzlich zum 1. Januar 2001 in Kraft treten.

Mehrheitlich Frauen der ersten Stunde

Die DSTG-Ortsverbände der Finanzämter Zwickau-Stadt und Zwickau-Land luden ihre Gründungsmitglieder zu einer Festversammlung ein.

Klaus Gagsch vom Ortsverband Zwickau-Land begrüßte die Versammlungsteilnehmer, insbesondere den DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und die bfg-Bezirksvorsitzende Nordbayern, Helene Wildfeuer, die im Jahr 1990 in beiden Finanzämtern einen DSTG-Ortsverband ins Leben gerufen haben.

Christine Schneider vom Ortsverband Zwickau-Stadt blickte auf die Situation im Jahre 1990 zurück. Die Frauen der ersten Stunde und die wenigen Männer kamen

Mitarbeiter kamen aus Abteilungen „Finanzen und Preise“ der ehemaligen DDR

mehrheitlich aus den Abteilungen „Finanzen und Preise“ der ehemaligen DDR-Kreise. Mit Schwung und Elan waren sie bei der Finanzamtsneugründung dabei und waren dankbar, als der damalige Bezirksvorsitzende Nordbayern, Dieter Ondracek, und seine Stellvertreterin Helene Wildfeuer sie über die DSTG informierten, über ihre Arbeits- und Wirkungsweise und über die Aufgaben von Personalvertretungen berichteten. Den damals wenigen Beschäftigten an den Finanzämtern Zwickau-Stadt und -Land wurde aus dem Vorgetragenen klar und deutlich, dass man sich in der neuen Situation in der Bundesrepublik um die eigenen beruflichen Belange kümmern und sich engagieren muss.

In vielen nachfolgenden Schulungen erläuterten die bfg-Kollegen aus Bayern als Partner Tariffragen, Besoldungsfragen, Beamtenrecht, Dienstrecht, Versorgungsrecht, Beihilferecht und vieles andere.

Helene Wildfeuer stellte in ihrem Vortrag unter dem Motto „Ein Jahrzehnt gelungener Interessenvertretung“ die vielfältigen Initiativen

„Patin“ Helene Wildfeuer hielt Rückblick

der DSTG in der Aufbauphase dar. Sie erhellte auch, was damals vorrangig zu regeln war, Rahmenkollektivverträge zu ersten Tarifverträgen nach BAT-Muster, die Einrichtung von Sprecherräten als Vorstufe der Personalvertretungen, die diversen Hilfen in Alltagsfragen, die schwierige Raumsituation und Ausstattungsmängel. Zahlreiche Sitzungen der Aufbaustäbe waren notwendig, viele Gespräche in OFD und Ministerium. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Zwickauer Ämtern konnten in einem Zeitraffer noch einmal die schnell vergangenen zehn Jahre Revue passieren lassen.

Der DSTG-Bundesvorsitzende gab anschließend einen Überblick über die aktuelle Gewerkschaftspolitik. Ausführlich ging er dabei

Ondracek: Geduld der Kolleginnen und Kollegen vor Ort wird überstrapaziert

auf die „Hängepartie“ in Sachen Beamtenbesoldung ein. Er gab auch deutlich seine Unzufriedenheit mit der zu langsamen Angleichung der Bezüge Ost an West zum Ausdruck. Hier fehle ganz eindeutig der



Der Landesvorsitzende der DSTG Sachsen, Joachim Rothe, die Patin Helene Wildfeuer und Gründungsmitglieder der Ortsverbände Zwickau-Stadt und -Land hören dem Vortrag des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek gespannt zu.

politische Mut. Mit einer kleinkrämerischen buchhalterischen Betrachtung könne man das Problem nicht lösen. Aus der Sicht des Jahres 1990 war absehbar, dass die Angleichung wenigstens zehn Jahre dauern wird. Nun ist erst mit großen Mühen die Marge von 90 % er-

reicht. Ein Zeitplan für die volle Angleichung fehle immer noch. Die Geduld der Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern werde überstrapaziert. Mit solidarischer Kraft würden DSTG und DBB in absehbarer Zeit aber auch die 100 % erkämpfen.

Ondracek in Paderborn

Mit Postkarten Druck machen

Auf Einladung des DSTG-Ortsverbandes Paderborn berichtete der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek bei der Jahreshauptversammlung über die aktuelle Lage, insbesondere stellte er ausführlich die Situation um die Besoldungserhöhung dar. Was die Bundesregierung sich hier leiste, sei ein Skandal. Zunächst stecke sie die Beamten in ein Sparpaket – zusammen mit Rentnern und Sozialhilfeempfängern. Als sie hiermit im Bundesrat scheiterte, tat sie zunächst nichts. Mit dem Protest von über 40 000 Kolleginnen und Kollegen in Berlin kam Bewegung in die Tarifverhandlungen. Für die Beamten wieder nichts! Die Bundesregierung ging in die Ferien. Der Druck der DSTG

und des DBB wurde verstärkt. Zahlreiche politische Gespräche und Aktionen wurden angeleiert. Endlich bewegte sich die Bundesregierung, aber immer noch nicht ausreichend. Deswegen sei es erforderlich, dass weiter alle Kolleginnen und Kollegen sich an der Postkartenaktion beteiligen. Die DSTG-Ortsvorsitzende Monika Groß erläuterte, dass sie die Postkarten aus dem Finanzamt Paderborn der SPD-Kreisvorsitzenden übergeben habe, die eine Weiterleitung an den Bundeskanzler versprach.

Zum Thema „Wegstreckenentschädigung“ bat der Bundesvorsitzende um rege Beteiligung an der Unterschriftenaktion.

Einmalzahlungen: Arbeitslose und Kranke profitieren

Einmalzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld werden künftig in die Berechnung des Arbeitslosen- und Krankengeldes einbezogen und führen damit zu höheren Leistungen. Das ist in einem Gesetzentwurf zur Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt festgelegt, den die Bundesregierung am 27. September 2000 beschlossen hat.

Mit diesem Entwurf wird ein Bundesverfassungsgerichtsurteil umgesetzt. Danach muss einmalig gezahltes Arbeitsentgelt bei der Berechnung von kurzfristigen beitragsfinanzierten Lohnersatzleistungen, wie beispielsweise Arbeitslosengeld und Krankengeld, berücksichtigt werden, wenn es zu Sozialversicherungs-

beiträgen herangezogen wurde. Der Gesetzentwurf enthält darüber hinaus notwendige Übergangsregelungen für Altfälle, über die am Tag der Bekanntgabe des Urteils, dem 21. Juni 2000, noch nicht bestandskräftig entschieden war. Sie gelten auch für Leistungsansprüche, die bis zum Inkraft-Treten des Gesetzes entstanden sind beziehungsweise entstehen.

CDU-MdB: Keine Nachteile für Beamte

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Bosbach aus Bergisch-Gladbach nutzte die Gelegenheit, im Rahmen einer Ortsverbandsversammlung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft im Finanzamt Gummersbach die aktuelle



Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Bosbach (Mitte stehend) beim OV Gummersbach

Besoldungspolitik der Bundesregierung zu kritisieren.

Er forderte im Namen seiner Fraktion die vollständige und zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für den Beamtenbereich.

Tauschcke

StOI aus Bayern (OFD München) sucht Tauschpartner/

in aus dem Bereich der OFD Hannover.

StOS aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Frankfurt/Main (vorzugsweise Finanzämter in Nord- und Ost-hessen).

StHS'in aus NRW (OFD Münster) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Frankfurt/Main.

StOS'in aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht dringend Tauschpartner/in aus Hessen (OFD Frankfurt/Main).

StI'in aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht dringend Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover).

STOI'in aus Sachsen-Anhalt (OFD Magdeburg) sucht Tauschpartner/in von OFD München oder Nürnberg.

StHS'in vom Bundesamt für Finanzen in Bonn sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Hannover (St.abt. Oldenburg).

Trauer um Richard Müller †

Der ehemalige BDZ-Bundesvorsitzende und UFE-Präsident Richard Müller ist plötzlich und unerwartet am 25. Oktober 2000 im Alter von 72 Jahren verstorben.

Richard Müller war von 1980 bis 1996 Präsident der UFE und seitdem ihr Ehrenpräsident. UFE-Präsident Dieter Ondracek hat Kollegen Richard Müller als einen engagierten Europäer gewürdigt, der einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet habe, dass „die UFE eine angesehene und geachtete gewerkschaftspolitische Kraft in Europa geworden ist“. Engagiert und durchsetzungsstark habe er in Europa für die Interessen der Beschäftigten der Steuer- und Zollverwaltungen gestritten. Seine ausstrahlende Persönlichkeit, sein politisches Gespür und sein Sachverstand seien die Grundlagen seines erfolgreichen politischen Handelns gewesen.

Als BDZ-Bundesvorsitzender hat Richard Müller eng mit der DSTG in der Arbeitsgemeinschaft Finanzgewerkschaften zusammengearbeitet. Durch diese Kooperation wurden die Interessen der Steuer- und Zollbeamten gegenüber der Politik, aber auch gegenüber der Spitzenorganisation DBB, wirkungsvoll gebündelt.

DSTG und UFE nehmen Anteil an der Trauer seiner Ehefrau, seinen Kindern und Enkelkindern!

Vorteile per Mausclick

E-Commerce, chatten, surfen . . . das Internet wird immer mehr zum Dreh- und Angelpunkt der Kommunikation. Deshalb überarbeitet und erweitert der BSW-Verbraucher-Ser-

vice seinen umfangreichen Internetauftritt.

Ab Herbst dürfen sich BSW-Mitglieder unter der neuen Internet-Adresse www.bsw.de auf ein noch attraktiveres Angebot freuen. Neben zahlreichen Informationen rund um BSW und vielen informativen Verbrauchertipps findet sich im Netz der Netze jetzt ganz neu die BSW-Shopping-Mall. Über diese können Mitglieder rund um die Uhr per Mausclick einkaufen und dabei von den lukrativen BSW-Vorteilen profitieren. Zudem warten besonders preiswerte Last-Minute-Reiseangebote und die BSW-Auto-börse mit zahlreichen Angeboten auf interessierte Mitglieder.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst und seinen privatisierten Bereichen können sich unter der Telefonnummer 09 21/8 02 – 3 20 oder im Internet unter www.bsw.de über die Vorteile einer Mitgliedschaft beim BSW informieren, die cleveres Einkaufen bei mehr als 26 000 Unternehmen ermöglicht.

Gleiche Regeln für Kranken- versicherung in Ost und West

Die Bundesregierung hat am 11. Oktober 2000 den Entwurf der Verordnung über maßgebende Rechengrößen in der Sozialversicherung für 2001 beschlossen. Danach wird die Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung nach zehn Jahren deutscher Einheit erstmals in Ost und West gleich sein.

Mit der Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2001 werden die maßgebenden Werte für das Versicherungs-, Beitrags- und Leistungsrecht, insbesondere der Rentenversicherung,

bestimmt. Das geschieht durch Fortschreibung der jeweiligen Vorjahreswerte entsprechend der Steigerungsrate der Bruttolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeitnehmer im Jahr

Fortschreibung der Vorjahreswerte

1999. Das sind 1,1 Prozent in den alten Ländern und 1,6 Prozent in den neuen Ländern.

Die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland beträgt im kommenden Jahr 8 700 DM/

Monat (2000: 8 600 DM). Die Beitragsbemessungsgrenze (Ost) in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in den neuen Län-

Neue Beitragsbemes- sungsgrenzen

dem beläuft sich im kommenden Jahr auf 7 300 DM/Monat (2000: 7 100 DM). Die Bezugsgröße in der Sozialversicherung liegt für das Jahr 2001 im Westen unverändert bei 4 480 DM/Monat. In Ostdeutschland wird sie 3 780 DM/Monat (bisher: 3 640 DM) betragen. Die Verordnung bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Rechengrößen der Sozialversicherung

(Angaben in D-Mark)

| | 2000 | | | | 2001 | | | |
|-----------------------------------------------------|--------|---------|-------|--------|--------|---------|-------|--------|
| | West | | Ost | | West | | Ost | |
| | Monat | Jahr | Monat | Jahr | Monat | Jahr | Monat | Jahr |
| Beitragsbemessungsgrenze (ArV/ AV) | 8.600 | 103.200 | 7.100 | 85.200 | 8.700 | 104.400 | 7.300 | 87.600 |
| Beitragsbemessungsgrenze (Arbeitslosenversicherung) | 8.600 | 103.200 | 7.100 | 85.200 | 8.700 | 104.400 | 7.300 | 87.600 |
| Beitragsbemessungsgrenze (Pflegeversicherung) * | 6.450 | 77.400 | 5.325 | 63.900 | 6.525 | 78.300 | 6.525 | 78.300 |
| Beitragsbemessungsgrenze (Krankenversicherung) * | 6.450 | 77.400 | 5.325 | 63.900 | 6.525 | 78.300 | 6.525 | 78.300 |
| Bezugsgröße | 4.480 | 53.760 | 3.640 | 43.680 | 4.480 | 53.760 | 3.780 | 45.360 |
| Geringfügigkeitsgrenze (unverändert) | 630 | | 630 | | 630 | | 630 | |
| vorläufiges Durchschnittsentgelt/Jahr | 54.513 | | | | 54.684 | | | |

* Die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung des Beitrittsgebietes beträgt aufgrund der Änderung des A7 309 SGB V durch Art. 1 des Gesetzes zur Rechtsangleichung in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 22. Dezember 1999 ab 1. 1. 2001 75 % der Beitragsbemessungsgrenze nach A7 159 SGB VI.